

Was bringt uns der Stadtwerke-Verkauf? Behauptungen und Entgegnungen.

von Martin Kotulla (Attac Münster)

Im November 2001 hat eine Mehrheit im Rat der Stadt Münster die teilweise Privatisierung unserer heimischen Stadtwerke beschlossen: 49% der Anteile sollen für einen dreistelligen Millionenbetrag an einen privaten Investor verkauft werden, 51% sollen in kommunaler Hand bleiben.

Die Privatisierungsbefürworter werden nicht müde, in kostspieligen PR-Kampagnen die angeblichen Vorzüge des geplanten Verkaufs zu beschwören. Den Bürgerinnen und Bürgern werden wahre Wunder versprochen: die Expansion in neue Absatzmärkte, volle Versorgungssicherheit für die Bevölkerung, niedrige Preise für die Kunden, sichere oder gar neue Arbeitsplätze, eine hohe Qualität der Leistungen und Produkte sowie großzügige Investitionen in ökologische und technologische Innovationen. Und obendrein gäbe es noch einen satten Verkaufserlös, der in den Ausbau der Schulen und in die Sanierung des maroden Stadthaushalts fließen soll. - Doch die Zukunft unserer Stadt könnte auch anders aussehen. Wie stichhaltig sind die Behauptungen der Privatisierungsbefürworter?

Behauptung: Durch die verbleibende Anteilmehrheit von 51% in den Händen der Stadt bleibt deren Entscheidungshoheit gewahrt. Der Investor kann uns keine Entscheidungen aufzwingen.

Entgegnung: Die Kartellbehörde betrachtet „die mit hohem Tempo fortschreitende Beteiligung an Regionalversorgern und Stadtwerken unverändert kritisch“. Das gelte sogar für Fälle, in denen die Beteiligung unterhalb der kartellrechtlich relevanten Schwelle von 25% liege. Außerdem unterschätzen die Privatisierungsbefürworter die Möglichkeiten eines Investors zur informellen Einflussnahme (Lobbyismus).

Behauptung: Nach dem Verkauf von Stadtwerke-Anteilen wird es keine Preissteigerungen geben, sondern Preissenkungen wie im Telekommunikationssektor.

Entgegnung: Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Globalisierung der Weltwirtschaft“ berichten die Sachverständigen über Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung in Frankreich und England: „die Preise sind zum Teil stärker als im öffentlich verbliebenen Bereich gestiegen“. In Cochabamba (Bolivien), wo ein US-Unternehmen als Investor auftrat, stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung sogar so stark an, dass sie schließlich ein Drittel des Durchschnittseinkommens der Landbevölkerung ausmachten.

Behauptung: Die „Partnerschaft“ mit einem finanzstarken Investor ermöglicht großzügige Investitionen in die Förderung umweltfreundlicher Energien und in die Entwicklung neuer Technologien und Produkte.

Entgegnung: Zu Investitionen kann der „strategische Partner“ nicht gezwungen werden. Er kann seine Investitionen auch zurückhalten, z.B. wenn ihm die Geschäftspolitik der Stadt oder die geplanten Projekte nicht passen. Gerade die großen Energiemultis investieren lieber in die bevorstehende Fusions- und Übernahmeschlacht als in Forschung und Entwicklung.

Behauptung: Wenn den Stadtwerken im entfesselten Wettbewerb die Kunden davonlaufen, muss man zum Ausgleich in neue Absatzmärkte expandieren. Die dafür erforderlichen Marketing-Kosten kann man aber nur gemeinsam mit einem finanzstarken Partner aufbringen.

Entgegnung: Nach der Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 1998 haben die großen Energiekonzerne mit sündhaft teuren Marketing-Offensiven versucht, den Stadtwerken die Kunden wegzunehmen - bislang mit geringem Erfolg:

- Yello-Strom (EnBW): 700.000 Neukunden statt der geplanten 1.3 Mio. - Verlust: 300 Mio. €.
- Aqua Power (E.on): nur 75.000 Neukunden - trotz der „Mix-it“-Kampagne für 150 Mio. €.
- Avanza-Strom (RWE): gerade mal 30.00 neue Kunden seit 1998.

Nachdem die teuren PR-Kampagnen fehlschlagen, änderten die Stromriesen ihre Strategie: Wenn die Kunden nicht wechseln wollen, übernehmen wir eben direkt die Stadtwerke selbst.

Behauptung: Die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung sei gewährleistet; Engpässe in der Energieversorgung gäbe es sowieso nur in den ehemaligen Ostblockstaaten.

Entgegnung: Versorgungsengpässe sind durchaus auch in westlichen Ländern zu beobachten: Ausgerechnet in den USA, dem angeblichen Musterland der freien Marktwirtschaft, genauer gesagt in Kalifornien, kam es Anfang 2001 zu erheblichen Problemen in der Energieversorgung. In Frankreich und England wiederum haben nach der Privatisierung der Wasserwirtschaft „die Wasserqualität und die Versorgungssicherheit... zum Teil gelitten“, so die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

Behauptung: Wenn die Stadtwerke (teilweise) an einen „strategischen Partner“ verkauft werden, sind die Arbeitsplätze der Bediensteten sicherer, als wenn man nicht privatisiert. Und vielleicht wird ja sogar in neue Arbeitsplätze investiert.

Entgegnung: Die Privatisierungsbefürworter im Stadtrat haben zwar „versprochen“, dass es im Zusammenhang mit dem Teilverkauf keine „betriebsbedingten“ Kündigungen geben werde. Aber erstens ist die Arbeitsplatzgarantie auf wenige Jahre befristet. Und zweitens ist später sowieso kaum nachweisbar, welche Entlassungen „privatisierungsbedingt“ sind und welche nicht. Die Beispiele Post, Bahn und Telekom belegen übrigens auf traurige Weise, dass Privatisierungen in der Regel zu drastischem Stellenabbau führen, denn die ehemaligen Staatsbetriebe wollen nicht mehr nur kostendeckend, sondern jetzt auch profit-orientiert wirtschaften.

Behauptung: Angesichts kommunaler Schulden in Höhe von einer halben Milliarde Euro müsse die Stadt den Verkaufserlös größtenteils in die Schuldentilgung stecken.

Entgegnung: Verschwiegen wird, warum die Kommunen pleite sind. Während den Konzernen Steuergeschenke in unfaßbarer Höhe gemacht werden (E.on und RWE etwa erwarten für 2001 trotz satter Betriebsgewinne Steuerrückzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe), bluten die Kommunen finanziell aus: Aufgrund der letzten Steuerreform ist die Gewerbesteuer dramatisch eingebrochen. Das Defizit allein für Münster betrug in 2001 mehr als 50 Mio. € - Tendenz steigend. Unter diesen Vorzeichen wird der Stadtwerke-Verkauf zu einem Fass ohne Boden!

Behauptung: Der Verkaufserlös müsse in eine „nachhaltige Stadtentwicklung“ gesteckt werden; deshalb soll ein Viertel des Verkaufserlöses in den Ausbau der Schulen fließen.

Entgegnung: Dieses Versprechen soll suggerieren: Wer gegen den Verkauf stimmt, ist auch gegen die Förderung der Schulen. - Hier wollen die Befürworter lediglich Stimmung machen und die Akzeptanz für die Verkaufspläne erhöhen. Die Befürworter des Stadtwerke-Verkaufs verschweigen übrigens, dass sie mittelfristig auch die Schulen selbst privatisieren wollen. Nach dem Motto: Schlanker Staat um jeden Preis.

Behauptung: Nur in 14 der 60 größten Städte Deutschlands hätten die Stadtwerke (noch) keinen „strategischen Partner“.

Entgegnung: Das sind irreführende Zahlen! Von den 972 Stadtwerken im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben lediglich 263 einen privaten Anteilseigner. Bundesweit sind also insgesamt noch 709 Stadtwerke in kommunaler Hand.

Behauptung: Auch in vielen anderen Städten seien Privatisierungsmaßnahmen und Teilverkäufe geplant oder sogar schon durchgeführt worden.

Entgegnung: Und zwar oftmals gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger! Ob in Düsseldorf, Köln oder Hamm, ob in der Schweiz oder in Frankreich, ob in Bolivien oder Korea - überall auf der Welt kämpfen die Menschen vor Ort gegen den massenhaften und unumkehrbaren Ausverkauf ihres kommunalen Eigentums.

Behauptung: Eine Zustimmung zu den Privatisierungsplänen garantiere eine sichere Zukunft.

Entgegnung: Im Gegenteil: Die Bürger/innen unserer Stadt sollen die Katze im Sack kaufen; denn zur Zeit stehen weder der Investor noch der genaue Kaufpreis noch die konkrete Kooperationsform fest. Beim Bürgerentscheid wird nur darüber entschieden, ob verkauft werden darf oder nicht, nicht jedoch darüber, an wen und in welchem Umfang. Auch wenn die Privatisierungsbefürworter heute hoch und heilig versprechen, nur 49% der Anteile verkaufen zu wollen, ist eine spätere Veräußerung weiterer Anteile nicht ausgeschlossen. Wenn sich die Bürger/innen am 16.06.2002 grundsätzlich gegen einen Verbleib der Stadtwerke in kommunaler Hand aussprechen sollten, so wäre auch einer späteren Totalprivatisierung unwiderruflich Tür und Tor geöffnet. Lassen Sie es nicht so weit kommen!

**Stimmen Sie beim Bürgerentscheid am 16. Juni für den
Verbleib der Stadtwerke in der Hand der Stadt Münster!**

STADTWERKE MÜSSEN KOMMUNAL BLEIBEN!